

## Finanzkrise: Welche Massnahmen sind zu treffen?

Kein anderes vergleichbares Land hat einen so grossen Finanzsektor wie die Schweiz. Das damit verbundene Risiko ist enorm. Die Bilanzen der beiden Grossbanken zusammen sind rund sechs Mal grösser als das Schweizer Bruttoinlandprodukt (BIP). Die Rettungsaktion für die UBS hat gezeigt, dass nur schon für eine teilweise Stützung einer Grossbank enorme Mittel aufgewendet werden müssen. Zum Schutz der Schweizer Volkswirtschaft müssen daher Massnahmen ergriffen werden, welche in Zukunft Bankenkrise und insbesondere die Zahlungsunfähigkeit einer Grossbank verhindern.

Eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Bankenkrise sind die exzessiven Managerboni – insbesondere die Entschädigung der Führungskräfte über Aktien und Optionen. Manager wurden animiert, zur Steigerung des Aktienkurses enorme Risiken einzugehen. So hat UBS-Führung seit 2000 Aktien im Wert von über 30 Mrd. Franken zurückgekauft, statt Reserven zu bilden. Diese Reserven fehlten dann in der Krise, um die Verluste aufzufangen. Die bisher angekündigten Massnahmen gegen diese Fehlanreize sind viel zu lasch. Die wirksamste Massnahme ist eine Entschädigung über massvolle Fixlöhne; Bonus-Malus-Systeme hingegen haben versagt. Bereits vor der Krise wurde ein beträchtlicher Teil der Entschädigungen des Managements über – steuerlich begünstigte – gebundene Mitarbeiterbeteiligungen ausbezahlt. Trotzdem wurden hochriskante Geschäfte gemacht.

### Mehr Eigenmittel

Die Bewertung von Risiken ist mit grosser Unsicherheit verbunden. Darum braucht es neben komplexen, risikobasierten Eigenmittelvorschriften auch einfache, allwettertaugliche Vorgaben, wie viel Eigenkapital die Schweizer Grossbanken halten müssen. Die von der Eidg. Bankenkommission (EBK) eingeführte Leverage-Ratio ist eine Antwort auf dieses Problem. Zum Schutz der Schweizer Volkswirtschaft müssen die Grossbanken so viele Eigenmittel haben, dass sie künftig auch grosse Verluste selber verkraften können. Es ist daher fraglich, ob die neuen Vorgaben der EBK diesen Anforderungen genügen. Wenn bereits eine Bank, die auf dem Kapitalmarkt eine beträchtliche Risikoprämie zahlen muss, die neuen Kriterien erfüllt, sind die Vorgaben wohl eindeutig zu tief. Es gibt zwei Möglichkeiten:

- die Eigenmittelvorschriften werden weiter erhöht;
- wenn das nicht möglich ist, müssen andere Massnahmen geprüft werden, wie die Abtrennung von Bankteilen.



**Daniel Lampart**  
Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB, Bern

### Grosser Regulierungsbedarf

Die Bankenkrise wirft grundlegende Fragen über das heutige Finanzsystem auf. In

den letzten Jahren sind die Volumina in verschiedenen wenig oder gar nicht regulierten Wertpapierkategorien (Derivate, Verbriefungen u.a.) richtiggehend explodiert. Der Bereich der Credit Default Swaps beispielsweise erreichte innert weniger Jahre ein Volumen des vierfachen US-amerikanischen BIP. Diese Wertpapiere bergen teils erhebliche volkswirtschaftliche Risiken. Bis heute ist es unklar, ob diesen Risiken ein entsprechender Nutzen gegenübersteht. Dazu kommt, dass Spekulationsblasen auf den Vermögenmärkten in einem Tiefinflationsumfeld offensichtlich häufiger werden. Selbst wenn daher der volkswirtschaftliche Nutzen gewisser Wertpapier- und insbesondere Derivatkategorien nachgewiesen werden kann, besteht erheblicher Regulierungsbedarf. Stärkere Regulierungen würden auch die Transaktionskosten erhöhen, was Spekulationsblasen weniger wahrscheinlich macht.

Ein weiterer Problemfaktor sind die Ratingagenturen. Ratings sind öffentliche Güter. Paradoxerweise werden diese aber von privaten Agenturen im Auftrag der bewerteten Firmen berechnet. Unter diesem Gesichtspunkt wären öffentliche Agenturen, die einer internationalen Institution (z.B. dem IWF) angeschlossen sind, den heutigen privaten Firmen deutlich überlegen. Absolut ungenügend ist die Bankenaufsicht. Diese muss mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden und eine maximale Unabhängigkeit von den Banken haben. Wichtig ist eine Verstärkung des Einlegerschutzes, auch für Freizügigkeitskonti.

### Gerechte Einkommensverteilung

Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme sind indirekt eine Folge der Ungleichverteilung der Einkommen in den letzten Jahren. Wenn tiefe und mittlere Einkommen stagnieren und hohe Einkommen stark steigen, entstehen volkswirtschaftliche Ungleichgewichte (z.B. eine verstärkte Verschuldung tieferer Einkommen), deren Korrektur ausgesprochen schmerzhaft ist. Massnahmen zur Stärkung tieferer und mittlerer Einkommen helfen daher nicht nur, die Konjunktur zu stützen, sondern wirken auch präventiv gegen künftige Krisen. ■